

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Freitag den 22. Juli 1892.

Nr. 85.

Der Unterstützungsverein und die allgemeine Arbeiterbewegung.

„Ein weiterer Redner bemängelte, daß man die Thätigkeit des Vorstandes beim Ausschlußantrage resp. beim Jahresberichte nicht mehr kritisiert habe und behauptete, daß der Vorstand konsequent gegen den Anschluß an die allgemeine Arbeiterschaft sei...“, also ließ sich ein Redner laut Versammlungsbericht in der am 8. Juli in Leipzig zwecks Berichterstattung über die Generalversammlung abgehaltenen Vereinsversammlung vernehmen.

Als wir den Anfang des vorangestellten Satzes lasen, glaubten wir, es werde nun seitens des betreffenden Redners ein Sündenregister des Vorstandes entrollt werden, er beschränkte sich jedoch auf die Behauptung, der Vorstand sei konsequent gegen den Anschluß an die allgemeine Arbeiterschaft.

Eine nähere Prüfung dieses Vorwurfs dürfte umso mehr am Platze sein, als hierüber in unseren Reihen in der That Meinungsverschiedenheiten herrschen. Zunächst haben wir es hier mit dem an die Adresse des Vorstandes gerichteten Monitum zu thun. Wir bestreiten ganz entschieden, daß der Vorstand nach der angedeuteten Richtung hin seine Pflicht vernachlässigt hat, mehr als geschehen durfte er nicht thun, wollte er nicht ein Gebiet betreten, das seiner Thätigkeit als Vertretung einer Gewerkschaftsorganisation fern liegen muß.

Daß der Vorstand einer Verbindung mit der Arbeiterschaft nicht ablehnend gegenübersteht, beweist die Beteiligung an den Gewerkschaftskongressen, beweist die von ihm auf der letzten Generalversammlung eingebrachte Resolution betreffs Anbahnung eines Kartells mit den übrigen graphischen Berufen. Hierin erblicken wir ein zielbewusstes, schrittweises Vorwärtsschreiten. Aufgaben, wie sie augenscheinlich der betreffende Leipziger Kollege dem Vorstande stellt, hat dieser nicht zu erfüllen. Der Gewerkschaft bedarf der Kraft jedes einzelnen, diese können wir jedoch nur erlangen, wenn Duldsamkeit geübt und jedem überlassen wird, auf seinen Glauben selig zu werden. Der Halberstädter Kongreß machte es jeder Organisation zur Pflicht, innerhalb des Gewerkschafts Politik streng fern zu halten und wenn der Vorstand nach diesem Grundsatz handelt, so dient er der allgemeinen Arbeiterfrage; wer das Gegenteil verlangt, meint es entweder mit den Arbeitern nicht ehrlich oder verkennt die Aufgaben des Gewerkschafts.

Wir verweisen auf den Schluß des im Correspondenzblatte der Generalkommission enthaltenen Artikels, betitelt „Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahr 1891“, der ja in der vorigen Nummer des Corr. in dem zweiten Artikel abgedruckt ist. Diesen Ausführungen

können wir uns vollkommen anschließen und geben unserer Freude Ausdruck, daß der auch wiederum von der Generalversammlung gebilligte Kurs des U. B. D. V. von so beachtenswerter Seite Unterstützung findet. Möge diese Meinungsäußerung dazu beitragen, unfruchtbare Auseinandersetzungen aus den Vereinsversammlungen fern zu halten, damit die organisierten Buchdrucker Deutschlands ihre ganze Kraft auf die Abwehr der uns in so reichlichem Maße zu teil werdenden Angriffe konzentrieren können. Wer seine Mitwirkung in diesem Sinn auffaßt, handelt zielbewußt! -n.

Handwerker und Arbeiter.

(Schluß aus Nr. 81.)

Die Buchdrucker machten den ersten größern Versuch einer fachgewerblichen Organisation. Sie hielten einen Buchdruckertag zu Mainz vom 11. bis 14. Juni ab und gründeten den National-Buchdruckerverein Gutenberg. Sie erwarteten ihr Heil zunächst vom Frankfurter Parlament und richteten an diese Versammlung eine Eingabe, in welcher sie ein Arbeitsministerium, aus der Wahl von Arbeitgebern und Arbeitern hervorgehend, verlangten; ferner forderten sie Beschränkung des Maschinenwesens, „soweit durch dasselbe ohne allgemeinen Nutzen der einzelne bereichert und nicht einmal die fremde Konkurrenz verhindert werde“, Ueberwachung des Lehrlingswesens, Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenklassen mit Staatshilfe, Abschaffung der Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter in bezug auf Wanderhaft und Niederlassung und endlich Aufhebung der polizeilichen Ausweisungsbefugnis gegen die „Agitatoren“ unter den Arbeitern.

Diese Forderungen waren im allgemeinen in den Zeitverhältnissen begründet; wenn die Buchdrucker aber die Einschränkung des Maschinenwesens forderten, so hatten sie damit nur einer augenblicklichen Bedrängnis nachgegeben; im übrigen bewiesen sie damit, daß sie noch keine Einsicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß und die mit ihm zusammenhängende moderne Entwicklung gewonnen hatten. Hier zeigte sich wieder der Einfluß der künstlerischen Anschauungen auf die Arbeiter. In Ulm war er noch viel stärker. Als dort die Bürgerchaft allgemeines Wahlrecht beschloß, wurde den Arbeitern eingeredet — jedenfalls von den Zunftmeistern — allgemeines Stimmrecht sei dasselbe wie die Gewerbefreiheit und müsse sie zu grunde richten. Die bethörten Arbeiter verlangten Ständewahlen und hielten die Bürgerchaft in ihrem Sitzungsorte belagert. Gegen die Bürgerwehr leisteten sie Widerstand und es wurde die Stadt andern Tages von obdenburgischen Truppen besetzt. In solcher plumphen Weise würden sich heutzutage keine Arbeiter — wenigstens keine städtischen — mehr täuschen lassen.

Der schon erwähnte Kongreß der Handwerksgejellen zu Frankfurt, der neben dem Kongresse der Meister tagte, war ziemlich zahlreich besetzt worden. Mit der von den Meistern eingesetzten Gesellenkommission konnten die Arbeiter nicht verhandeln, wenn auch einigemale der Wille vorhanden schien, die Wünsche der Gesellen wirklich zu berücksichtigen. Auch in dieser Kommission dominierten der Dünkel und der Eigennutz der Meister. Als die Gesellen an die Kommission den Antrag brachten, die Meister sollten nur zwei Lehrlinge halten dürfen, geriet ein Nürnberger Komitador darob in große „Entrüstung“. Natürlich wollten sich die braven Meister das unbeschränkte Ausbeuten der Lehrlinge nicht nehmen lassen.

Die Mitglieder des Kongresses der Handwerksgejellen waren sehr untundige Leute; sie machten teil-

weise nach, was die Meister vorgemacht und ließen sich auch von Winkelfleisch beeinflussen. Auch sie wollten eine „Gewerbeordnung“ entwerfen. Da aber die Meister ihren Entwurf zuerst an den volkswirtschaftlichen Ausschuß des Parlaments brachten, so arbeitete der Gesellenkongreß eine Denkschrift zu dem Entwurfe der Meister aus. Wertwürdigere Weise stimmte der Gesellenkongreß in den Hauptpunkten mit den Meistern überein, ein Beweis, wie wenig die Arbeiter von damals ihre Klassenlage kannten und wie wenig Klassenbewußtsein sie in sich trugen. Sie protestierten nicht weniger entschieden als die Meister gegen die Gewerbefreiheit. Winkelfleisch suchte den Gesellen vorzuspiegeln, die Interessen von Meistern und Gesellen seien die gleichen. Dies gelang ihm indessen nicht immer; die Arbeiter erklärten sich gegen die Arbeitsbücher und gegen die Besteuerung der Fabriken; dagegen ließen sie sich für Zwangsinnungen, für Schutzlöse und für die Heiratsbeschränkung gewinnen. „Wer eine Familie begründet muß die Befähigung zu deren Erhaltung nachweisen“, erklärten die Gesellen naiverweise, ohne zu begreifen, daß ein solcher Befähigungsnachweis eine ganz wertlose mittelalterliche Plakaterie ist. Sie forderten ferner das „Recht auf Arbeit“ — dem auch die Meister beistimmten — und den zehnstündigen Normalarbeitstag.

Wichtiger als diese Dinge war der Versuch, eine Organisation zu schaffen. Nachdem man sich noch die Spielerei einer „Allgemeinen deutschen Arbeiterlotarie“ geleistet, ward ein Zentralvorstand gebildet. Er bestand aus dem Buchdrucker Franz, dem Tischler Müller und dem Tischler Linke. An die Arbeiter erging nun der Aufruf, einen Allgemeinen Arbeiterverein zu bilden, der sich auf die soziale Frage beschränken und mit politischen Angelegenheiten nur dann befassen sollte, wenn diese unmittelbar die „Standesinteressen“ berührten. Damit wollte man offenbar den Parteistoff von dem Vereine fernhalten. Die Organisation sollte gebildet sein aus Ortsvereinen, die sich zu Bezirksvereinen zusammenthun sollten, aus denen sich dann der ganze Verein zusammensetzte. 26 Städte waren zum Sitze von Bezirksvereinen und Frankfurt a. M. als Vorort bestimmt. Der Beitrag betrug einen Kreuzer und Mitglied konnte jeder werden, der sich „die Hebung der arbeitenden Klasse und die Wiederherstellung des Mittelstandes zur Aufgabe macht“. Ein weiterer Aufruf verlangte die Annahme eines gemeinsamen Banners.

An das Parlament sandte der Arbeiterkongreß sein Programm, welches eine „soziale Kammer“ und eine Innungsverfassung verlangte. Der Kongreß wurde am 20. September geschlossen, nachdem er eine Kommission zur Ausarbeitung einer „sozialen Verfassung“ und einer „Allgemeinen deutschen Erwerbsordnung“ niedergelegt hatte. In diese Kommission ward bezeichnenderweise auch Winkelfleisch gewählt. Die Kommission rief auch ein Organ des Verbandes ins Leben, die Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, die in Frankfurt am Main erschien, aber ohne Bedeutung blieb.

Die Handwerksgejellen waren ganz von kleinbürgerlichen Vorstellungen beherrscht und wurden im Interesse der Meister am Gängelbände geführt. Sie wollten wie die Meister die soziale Frage lösen und Deutschland vor dem „Proletariat“ retten, ohne zu begreifen, daß sie selber Proletarier waren. Es war etwas von dem Meisterdünkel auf sie übergegangen, da viele von ihnen hoffen konnten, noch einmal Meister zu werden.

Faßt überall ließ sich die Arbeiterschaft als Sturmbock gegen die Gewerbefreiheit gebrauchen, während sie sich andererseits, besonders nach der Junischlacht zu Paris, von dem roten Gepeitsch ins Bodschorn jagen ließ. So z. B. der Arbeiterbildungsverein in München in einer Adresse an den dortigen Magistrat.

Auch in Berlin war am 18. Juni, also gleich nach dem Zeughaussturm, ein Handwerkerkongreß zusammengetreten, der zu keinem direkten Resultate führte. Aber

sieben Delegierte besaßen einen Arbeiterkongress nach Berlin ein und zwar auf den 23. August 1848. Sie luden alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungsvereine in Deutschland sowie die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris, in Brüssel und in London zur Beschickung des Kongresses ein. In der Einladung betonten sie, daß die Arbeiterfrage auf den bisherigen Kongressen nur flüchtig behandelt worden sei. Eine „möglichst geordnete“ Vertretung der arbeitenden Klassen müsse deren Angelegenheiten selbständig in die Hand nehmen, um sich in den wesentlichen Punkten zu vereinigen, „die eine Befreiung des Arbeitertumes aus den Fesseln des Kapitals, der persönlichen Abhängigkeit und der materiellen Entbehrung in sichere Aussicht stellen“. Das einzuberufende Arbeiterparlament solle eine soziale Volks-Charte schaffen, „welche alle die Millionen, die bisher von einer kleinen Zahl ausgebeutet und in der Unterdrückung erhalten wurden, in fester Verbrüderung und mit aller Energie als das Gesetz des Landes zu erstreben haben“.

Man sieht, daß hier eine entschiedenere Richtung auftritt, die sich schon mehr dem Sozialismus nähert als der Gesellenkongress zu Frankfurt a. M. Diese Richtung nannte sich auch soziale Demokratie; sie war von Stefan Born und von Nees von Esenbeck geleitet. Wie aber Born reaktionäre und revolutionäre Ideen stets bunt durcheinander warf, so blieb er hier in den Fußstapfen von Louis Blanc hängen. In der „Volks-Charte“ sollten gefordert werden: „Garantie der Arbeit“ und Staatsunterstützung für selbständige, gewerbliche oder industrielle Arbeiter-Assoziationen; Versorgung der Hilfslosen durch den Staat; Beschränkung der Arbeitszeit; starke progressive Einkommensteuer; unentgeltlicher Unterricht und unentgeltliche Krankenpflege; Einsetzung von frei gewählten Arbeitsministern.

Der Kongress war von 40 Delegierten besucht, die aus allen größeren Städten Deutschlands kamen; auch der Frankfurter Kongress der Handwerksgehilfen war durch einen Delegierten vertreten. Zum Präsidenten des Kongresses ward Christian Gottfried Nees von Esenbeck gewählt, der, wie schon erwähnt, Mitglied der Berliner Vereinigungs-Versammlung und auf diesem Kongresse Vertreter des Breslauer Arbeitervereins war. Dieser berühmte Botaniker und Naturphilosoph hatte sich der Sache der Arbeiter immer mit besonderem Eifer gewidmet. Gleich nach der Märzhebung hatte er einen Aufsatz erscheinen lassen, in welchem er ein Ministerium der Arbeit und vom Staate zu organisierende Produktiv-Genossenschaften empfahl. Er war ein Philantrop im edelsten Sinne des Wortes und ein Sozialist, wenn er sich auch zur Klarheit des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht durchgerungen hatte. Zum Vizepräsidenten ward Born ernannt, der als Leiter des Arbeiter-Zentralkomitees in Berlin sich einen großen Ruf in der Arbeiterwelt erworben hatte.

Der Arbeiterkongress schuf zunächst eine Organisation für die deutschen Arbeiter, durch welche er hoffte, deren Zersplitterung beseitigen und sie zu einer Macht vereinigen zu können. Es sollten Lokalkomitees gebildet werden und zwar in 26 Städten, die an den einzelnen Plätzen Fachorganisationen herstellen und die laufenden Geschäfte, Abhaltung von Versammlungen usw. übernehmen sollten; über ihnen sollten Bezirkskomitees stehen und die Leitung des ganzen sollte einem Zentralkomitee übertragen werden, das seinen Sitz in Leipzig zu nehmen hatte.

Soweit waren die Beschlüsse ziemlich praktisch; dann aber tappte der Kongress in den dichtesten Nebel der Utopisterei hinein. Die Lokalorganisationen wollten er derart ausbilden, daß sich alle Arbeiter eines Ortes außer in den Fachvereinen noch zu einer großen „freien Assoziation“ zusammenfinden sollten. Das Lokalkomitee sollte auch diese Organisation leiten und den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen, wozu es im Falle der Not den Staat und die Gemeinde zum Einschreiten und Helfen veranlassen sollte. Auch sollte dies Komitee einen Minimallohn festsetzen und den Lohn für die Arbeiter beim Unternehmer einzuziehen und an sie auszahlen.

Den Gipfel der Utopisterei erstieg der Kongress mit seiner „Kreditbank“ resp. Assoziationsskaffe, welche dem „Landplane“ der englischen Chartisten ähnlich und vielleicht auch durch diesen angeregt worden ist. Die Kaffe der schon erwähnten Assoziationen sollte aus Lohnabzügen gebildet werden, die durch das Lokalkomitee bis zur Höhe von 10 Proz. bei den Arbeitern angeordnet werden sollten, die sich der neu zu bildenden Assoziation anschließen würden. Man hoffte, wenn man die Zinsen zum Kapitale schlug, binnen 10 Jahren einen genügenden Fonds beisammen zu haben. Dann sollte jedes Mitglied nach Maßgabe seiner Einlagen Teilhaber an dem Gewinne der Assoziation sein. Die Mitglieder sollten zinslose Darlehen auf vier Wochen aus der Assoziationsskaffe erhalten können; als Sicherheit dafür sollte im Notfall auch die Arbeitskraft dienen, wenn nichts anderes vorhanden. Die Gelder der Assoziation sollten in Häusern und Aedern angelegt werden und man wollte die erworbenen Ländereien in Parzellenform an einzelne Mitglieder der

Assoziation abgeben, wobei der Ertrag der Parzellen als Katenzahlung dienen konnte. Das alles war durch „Reglements“ ganz genau geordnet, namentlich die Lohnauszahlung und die Lohnabzüge, die das jeweilige Lokalkomitee zu besorgen hatte.

Daran schlossen sich noch eine Reihe von anderen Forderungen, wie die Anerkennung der Rechte der Arbeiterkomitees durch den Staat, die Beschaffung von Maschinen auf Staatskosten für die Produktivgenossenschaften, Festsetzung eines zehnstündigen Normalarbeitstages usw. Schlechte und gute, praktische und utopistische, nüchternere und überspannte Vorschläge gingen hier nebeneinander her.

Auch dieser Kongress wendete sich an das Frankfurter Parlament behufs Verwirklichung seiner Forderungen, denen er noch die Berufung eines aus freier Wahl hervorgegangenen „Kongresses von Sachverständigen zur Vertretung aller deutschen Gewerbsinteressen“ nach Frankfurt auf Staatskosten hinzufügte. Es wurde dem Frankfurter Parlament empfohlen, die Forderungen des Berliner Arbeiterkongresses in die Grundrechte resp. die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Eingabe an das Frankfurter Parlament war von einem langen Schreiben begleitet, in dem der Kongress seine Ansichten über Staat und Gesellschaft, über Arbeit und Kapital darlegte.

Das Frankfurter Parlament verhielt sich gegenüber den Anträgen der Arbeiter im ganzen ablehnend. Es gewährte ihnen zwar das Wahlrecht vom 25. Jahr an, sonst aber hatte es für die Arbeiter nur schöne Worte und keine Thaten, wie es übrigens bei den meisten anderen Angelegenheiten auch der Fall war. Die Worte, die es den Arbeitern widmete, waren freilich oft sehr schön.

Am 8. Februar 1849 beriet das Frankfurter Parlament über § 173 der Reichsverfassung, wo es heißt: „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindefasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.“

Hier setzte die Linke ein und versuchte, indem sie Regelung der Armenunterstützung verlangte, auch das Recht auf Arbeit in die Reichsverfassung zu bringen. Simon von Trier, Nauwerd von Berlin und Rossmähler aus Tharand hatten bezügliche Anträge gestellt. Hieruf aus Rostock und Buttle aus Leipzig beantragten, alle Anträge abzulehnen und den Artikel einfach nach dem Vorschlage der Kommission anzunehmen. Dies geschah auch nach einer langen und interessanten Debatte mit 317 gegen 114 Stimmen. Die braven Parlamentarier saßen zum guten Teile hinter dem Recht auf Arbeit, das mit dem wissenschaftlichen Sozialismus gar nichts zu thun hat, das Gespenst des gefürchteten „Kommunismus“ aufsteigen. Das wichtige Ergebnis des Berliner Arbeiterkongresses war insofern die Thatsache, daß eine entwicklungsfähige Arbeiterorganisation geschaffen worden war. Der Ausschuß des Frankfurter Gesellenkongresses wurde aufgefordert, einen Delegierten in das Zentralkomitee nach Leipzig zu entsenden und man bot alles auf, die beiden Arbeiterverbindungen zu vereinigen.

Das Zentralkomitee bestand aus Born aus Berlin, Schwenninger aus Hamm und Rüd aus Leipzig. Born gab sein Berliner Arbeiterblatt „Das Volk“ auf und siedelte nach Leipzig über, wo er das Organ der neuen Arbeiterorganisation, die „Verbrüderung“, herausgab, dessen erste Nummer am 3. Oktober 1848 erschien. Später, als Born hatte flüchtig gehen müssen, redigierte Schwenninger das Blatt.

Das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung, wie man die neue Organisation nannte, war sehr thätig und versuchte mit Erfolg auf die Arbeitermassen Einfluß zu gewinnen. Im Februar 1849 fand ein thüringischer und zu gleicher Zeit ein hamburgischer Arbeiterkongress statt, auf welchem letzterem Schwenninger präsiidierte. Auf dem Hamburger Kongresse, der eine große Wirkung hatte, wurde auch die Errichtung von Speiseassoziationen und die Gründung ländlicher Vereine in Vorschlag gebracht. Im April 1849 fand in Nürnberg ein bayrischer Arbeiterkongress statt, wo Born den Vorsitz führte. Es wurden daselbst Volksbibliotheken, Fortbildungsschulen und allgemeines Wahlrecht vom 21. Jahr an verlangt; im übrigen schlossen sich die bayrischen Arbeitervertreter ganz dem Leipziger Zentralkomitee an.

Im Juni 1849 sollte auf Beschluß des Zentralkomitees ein allgemeiner Kongress sämtlicher deutschen Arbeitervereine zu Leipzig stattfinden. Die Bewegung griff um sich und sie hätte schließlich vielleicht doch noch einen klaren und sozialistischen Inhalt gewonnen und die Utopisterei und Verworrenheiten abgeschüttelt, denn die rheinischen Sozialisten schickten sich an, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ein Ausschuß zu Köln, in dem sich Karl Marx, Karl Schapper und Wilhelm Wolff befanden, lud zu einem Provinzialkongress am 6. Mai 1849 ein, auf dem die rheinisch-westfälischen Arbeitervereine neu organisiert, die Delegierten zum Leipziger Kongresse gewählt und die den Delegierten mitzugebenden Anträge festgestellt werden sollten.

Der Kongress wäre sehr stark besucht worden. Allein er kam nicht mehr zu stande. Die Aufstände am Rhein, in Dresden, in der Pfalz und in Baden führten völlig veränderte Verhältnisse herbei, die meisten Sozialisten und Führer der Bewegung mußten flüchtig gehen oder kamen in den Kerker; einige fanden auch auf dem Schlachtfelde den Tod. Die Regierungen nahmen, nachdem die Aufstände niedergeworfen, keinen Anstand mehr, die selbständigen Regungen der Arbeiter einfach zu unterdrücken. Die Arbeiterverbrüderung hielt sich bis 1850, einige Anhängel, die den Regierungen nicht gefährlich schienen, noch länger. Es ging alles im Strudel der Reaktion unter. Während das französische Proletariat nach der großen Niederlage in der Junischlacht sich auf allerlei Experimente warf und mit Produktiv-Assoziationen, auf Selbsthilfe gegründet, ebenso ausdauernd als vergeblich gegen die Uebergewalt des Kapitalismus antämpfte, blieb in Deutschland alles regungslos. Nur der famose Kölnische Kommunistenprozeß von 1852 erinnerte daran, daß es in Deutschland noch Leute gab, die den Gedanken an eine Befreiung des Proletariats in sich trugen. Sie verschwanden, soweit sie nicht rechtzeitig gestücht waren, auf lange Jahre hinter den Kerkermauern.

Ob es gelungen wäre, auf dem geplanten Leipziger Kongresse durch den Einfluß der rheinischen Sozialisten eine wirkliche sozialistische Partei zu schaffen, läßt sich heute schwer entscheiden. Jedenfalls war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Und wenn auch nur ein Anfang gewonnen worden wäre, so wäre vielleicht verhütet worden, daß die deutschen Arbeiter wieder so gänzlich in die Unselbständigkeit zurückfielen und sich von dem bürgerlichen Liberalismus als Anhängel gebrauchen ließen. Diese Unselbständigkeit war so groß, daß selbst ein Lauffalle mit seiner Energie daran verzweifeln wollte, sie zu beseitigen.

In unseren Tagen ist sie verschwunden und dazu hat die kapitalistische Entwicklung selber unzweifelhaft das meiste beigetragen.

Korrespondenzen.

-s. Bielefeld, 15. Juli. Am 10. d. M., mittags, wurde die dritte diesjährige Bezirksversammlung in Detmold abgehalten. Zu dieser waren auch die Arbeiter der übrigen graphischen Gewerbe eingeladen und etwa 30 Steindrucker und Buchbinder hatten dieser Einladung entsprochen. Kollege Witow erriete Bericht über die so überaus wichtige Generalversammlung und forderte zum Schlusse seiner längern Rede alle Mitglieder auf, das dem Zentralvorstande bisher entgegengebrachte Vertrauen demselben auch ferner zu bewahren und, wenn die Zeit gekommen, für die Auflösung sowohl der Z. K. K. wie der Z. F. K. zu stimmen, da der neue Gewerksverein die Rechte der Mitglieder in jeder Weise wahren werde, wenn es auch nicht ausdrücklich im neuen Statut vorgesehen sei. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, betreffend die augenblickliche Situation im Buchdruckgewerbe und die Stellungnahme zur geplanten graphischen Union, wurden verschmolzen, das Referat übernahm der Vorsitzende, Kollege Wettenworth. Er warf einen kurzen Rückblick auf die Neunstundenbewegung und betonte, daß die Gehilfenschaft, nachdem der Streik für beendet erklärt wurde, gesonnen war, ehrlich Frieden zu halten. Leider hätten es viele Prinzipale an der nötigen Einsicht fehlen lassen und den Gehilfen Schwierigkeiten bereitet. Redner kritisierte das Gebahren der bekannten Leipziger Prinzipale und empfahl das Hand in Hand gehen sämtlicher im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen. Das Zustandekommen der graphischen Union sei deshalb freudig zu begrüßen. — Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Resolution eingereicht: „Die in Detmold tagende, von etwa 100 Personen besuchte Bezirksversammlung, zu welcher die Angehörigen der übrigen graphischen Gewerbszweige eingeladen und erschienen sind, bedauert die Machinationen eines Teiles der Leipziger Prinzipale, bezweckend den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Die Versammlung erblickt in dem engen Zusammenschlusse sämtlicher im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen ein Mittel, dem Unwesen der obengenannten Prinzipale einen Damm entgegen zu setzen und bringt der geplanten graphischen Union volle Sympathie entgegen.“ — Diese Resolution fand, nachdem auch von seiten der Steindrucker dafür gesprochen worden war, einstimmige Annahme. — Als Ort der nächsten Versammlung wurde Bielefeld bestimmt. Hierbei sprach der Steindrucker Herr Obier den Wunsch aus, daß auch zur nächsten Versammlung die Arbeiter der anderen graphischen Gewerbszweige eingeladen werden möchten. — Den noch arbeitslosen Kollegen in Frankfurt a. M. wurden auf ein Gesuch des dortigen Bezirksvereins 100 M. aus der Bezirks-Tarifkasse überwiesen. — Das „Coffierische“ Zirkular gelangte auch in den hiesigen Druckerzweige zur Verteilung und hat ein glänzendes Fiasko erlitten, denn von etwa 80 Mitgliedern am hiesigen Orte haben nur drei das Nachwerk mit ihrer Unterschrift beglückt.

-y- Dresden, im Juli. Die neuerliche Fürsorge der Prinzipalsleitung um unser Kassenwesen wird für die meisten Kollegen Anlaß gewesen sein, sich die verschiedensten Vorkommnisse während der letzten Bewegung nochmals vor Augen zu führen. Ist es doch nicht das erste Mal, daß unsere Mitgliederrechte von anderer Seite bertreten werden sollen. Die Wahrung dieser Rechte geschah bekanntlich in einer Weise, die selbst vielen der Kollegen, welche bei Beginn des Streiks ihre Unterschrift hierzu gegeben hatten, als zu weitgehend erschien. Nachdem nun die mit den verwirklichten Mitteln bekämpfte Gehilfenschaft die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen gezwungen war, änderte sich das Bild. Während vorher dem einen Teile der Mitglieder seine Rechte gewahrt worden waren, benutzten jetzt viele Prinzipale die Gelegenheit, dem andern Teile diese selben Rechte zu entreißen, indem der Antritt bezw. das Verbleiben in der Kondition vom Austritt aus dem Unterstützungsverein abhängig gemacht wurde. Diese Maßregel wird allerdings nicht immer von dem gewünschten Erfolge begleitet gewesen sein. Fast schien es, als ob nach dem Streit über die Tarifgemeinschaft endlich einigermaßen Ruhe im Gewerbe Platz greifen werde, doch jetzt boten die Ergebnisse untr Generalversammlung den Vorwand, zur Abwechslung wieder einmal die Rechte der Gehilfen zu wahren. Man wird der Prinzipalsführerschaft samt ihrem „Gehilfenstimmen“leiter die Anerkennung nicht versagen können, daß ihr Vorgehen äußerst „zielbewußt“ ist. Ob aber die durch den mittlerweile erfolgten Rücktritt ihres Auftragsgebers herbeigeführte erneute Niederlage die jenfeitige Leitung von weiteren ähnlichen Schritten abhalten wird, kann nach den bisherigen Erfahrungen immer noch bezweifelt werden. Die auf Zersplitterung der Gehilfenschaft gerichteten Maßnahmen unserer Gegner werden jedoch die um das Wohl des Vereins besorgten Kollegen in der Ueberzeugung befestigt haben, daß nur in der Einigkeit unsere Stärke liegt und daß deshalb mehr denn je notwendig ist: Treues Festhalten an der bewährten Organisation, Austrag entgegenstehender Meinungen unter uns selbst und Befolgen der von der Mehrheit als richtig erkannten Wege sowie fortgesetzte Agitation zur Heranziehung aller uns noch fernstehenden brauchbaren Kollegen in den Verband deutscher Buchdruckergehilfen.

Leipzig, 17. Juli. (Versammlungsbericht.) Kaum hatten die Delegierten über die Generalversammlungen Bericht erstattet und die Motive mitgeteilt, welche zu den dort gefaßten Beschlüssen geführt hatten, so waren auch schon unsere Gegner an der Arbeit, Zwietracht und Verwirrung in unsere Reihen zu bringen. Der Cofferier Antrag wurde prinzipalsseitig mit einem Eifer und einer Aufmerksamkeit behandelt, als wenn das Wohl und Wehe der betreffenden Geschäfte davon abhinge, und da das Abgeben von Unterschriften eine willkommene Gelegenheit war, die treuen Seelen ihrer Herren von den treuen Verbandsmitgliedern zu unterscheiden, so wurden auch wieder vielfach die bekannten Rezepte zur Anwendung gebracht, um die letzteren in die Minderzahl zu drängen. Dies Standstück übertraf selbst noch das Spettakelstück bei der Wahl von Gehilfenvertretern und gab dem Vorstände Veranlassung, schleunigst eine Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die neuesten Maßnahmen der Prinzipale bezw. der Antrag Cofferier und unsere Stellungnahme dazu“. Die Versammlung sollte zugleich etwaige noch herrschende Unklarheiten über die zukünftige Gestaltung des Vereins beseitigen und durch eine genügende Aussprache der Mitglieder alle auftauchenden Zweifel und Beunruhigungen zerstreuen. Der Referent, Herr Eichler, wies einleitend auf das Verhältnis der Kollegen untereinander hin, welches gerade in den jetzigen ernsten Tagen ein recht inniges sein sollte. Ein Teil der Schuld, daß wir uns mit solchen Vorkommnissen beschäftigen müßten, liege an denjenigen, welche an allen anderen Orten, nur nicht in Versammlungen die Vereinsangelegenheiten kritisierten. Man könne nur wünschen, daß dies nun besser werden möge, denn durch das Verhalten in letzter Zeit habe sich Leipzig keinen Vorber errungen. Redner ging sodann auf das Zirkular Cofferiers ein, mit welchem die Mitglieder überzumpelt wurden und behauptete, daß die Unterschriften wohl zu einem andern als dem angegebenen Zwecke benutzt werden würden. Durch die frühere Subskription, die der Herr Dr. Schmidt bei Beginn des Streiks arrangiert hatte, sollten angeblich die Rechte der Mitglieder bei event. Ausschüsse gewahrt werden, tatsächlich seien die Unterschriften zur Durchsetzung der Exekution der Kasse benutzt worden; diesmal werde wahrscheinlich ähnliches geplant. Man habe wohl das Vermögen der Zvalidentkaffe für idealere Zwecke eripat als zum Mißbrauche für Abtrünnige. Die Generalversammlung sei von dem Geiste befeelt gewesen, daß die Kasse denen erhalten bleibe, welche jederzeit wahrhaft kollegial handeln. Eine Kasse nach dem Wunsche der Protestler sei ein Unding; das Vermögen würde bald aufgebraucht sein, wenn die Kasse nicht obligatorisch für alle Mitglieder bleibe. Um dieselbe aber dem Gewerbetreibenden zu erhalten, der nach Ansicht des Redners

in jeder Lebenslage unterstützend eingreifen müsse, habe man ihre Ueberführung im Prinzip anerkannt. Von wesentlichem Einfluß auf die Neugestaltung unserer Kassenverhältnisse seien die Maßnahmen der Behörden und Prinzipale gewesen; es müsse doch versucht werden, solche in Zukunft zu verhindern. Manche Mitglieder seien ängstlich geworden, weil im neuen Statut von Rechten nicht mehr die Rede sei; gerade diese Aenderung mußte aber vorgenommen werden, weil die Kasse andernfalls als Versicherungsanstalt betrachtet und nicht genehmigt werden würde. In manchen Fällen sei schon früher die Unterstützung in das Ermessen der Vereinsbehörden gelegt worden und doch habe man bisher weder von Gnade noch von Almosen gesprochen. Auch jetzt sei dies der reine Hohn, da noch nie einem Mitgliede vorenthalten wurde, was er sich durch seine Mitgliedschaft erworben. Da wir gezwungen waren so zu handeln, wollen wir uns reklimierend dahin äußern, daß wir die Beschlüsse der Generalversammlungen hochhalten. — Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Referat überbrachte ein Bote den Brief Cofferiers, worin dieser seinen Antrag zurückzog. Die Versammlung nahm das Schreiben mit zum Teil ironischem Gelächter auf und fuhr in der Tagesordnung fort, da niemand für die Wahrheit des Geschriebenen Garantie übernehmen konnte und die Möglichkeit vorliegt, daß ein anderer Unterzeichner die Sache weiter verfolgt. Die Debatte war erfreulicherweise eine sehr rege und sachliche. Das Vorgehen Klinhardt's fand scharfste Verurteilung, da er und einige seiner Genossen als die eigentlichen Urheber zu kennzeichnen sind. Aus manchem hartem Worte konnte man auf die Erregung schließen, welche die fortgesetzten Eingriffe in die Angelegenheiten der Gehilfen hervorgerufen haben. Man verlangte, daß der Zentralvorstand in einem Zirkular an die besser gesinnten Prinzipale Protest gegen diese Maßnahmen ergreifen möge, ferner, daß durch lokale und am weitesten verbreitete Blätter das Publikum auf dieselben aufmerksam gemacht und daß ferner die Unterschriften einer genauen Prüfung unterzogen werden möchten. Einerseits wurde tief bedauert, daß nach den wiederholten Wandern sich immer wieder Kollegen fangen lassen, während andererseits wieder auf den Druck hingewiesen wurde, der in manchem „Kunststempel“ auf die Mitglieder ausgeübt wurde zwecks Hergabe der Unterschrift. Der Vorstand wurde beauftragt, 1. die in Cofferiers Händen befindlichen Unterschriften zurückzufordern — das ist mittlerweile geschehen mit dem Erfolge, daß nur einige spärlich gezeichnete Formulare von Cofferier abgeholt werden konnten; nach Beratung mit der Post wurden die eingehenden Unterschriftenbogen, trotzdem sie in den von Klinhardt zugleich mit dem Protestzirkular und den Listenformularen zur Rücksendung der letztern verschickt, mit der gedruckten Adresse Cofferiers versehenen Couverts anlangen, nicht an Cofferier, sondern an eine andre nicht näher bezeichnete Adresse abgeführt! —; 2. eine Liste im Vereinsbureau aufzulegen, in welche sich diejenigen, welche ihre Unterschrift zurückzugeben wollen, einzeichnen können. Von gutem Geiste der Versammlung zeugte es, daß diese Anträge, wie auch die beiden Resolutionen (in Nr. 83 abgedruckt) einstimmig angenommen wurden, obwohl Unterzeichner unter den zahlreichen Erhienenen in größerer Anzahl anwesend waren. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß demnächst Listen im Vereinsbureau ausgelegt werden würden, um die zur Gründung des neuen Verbandes formell notwendige Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen. Hiermit erreichte die animiert verlaufene Versammlung gegen 1/2 11 Uhr ihr Ende. Es sei nur noch an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der mehrfach erfolgten Aufforderung zum festen Zusammenhalt auch in den späteren Versammlungen nachgetommen werden möge. Alle Pläne, die man gegen uns in Schilde führt, werden, wenn wir treu zu einander stehen, zu Schanden werden im vorhin.

Leipzig, 17. Juli. (Entgegnung.) In Beziehung auf den Brandenburger Versammlungsbericht gestatte ich mir zu bemerken, daß meine Aeußerung auf der Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse über den Antrag Brandenburg einen Vorwurf, über den man sich sehr wundert, nach Lage der Sache nicht enthalten konnte. Wenn festgestellt worden ist, daß die Kollegen in Brandenburg zur Vornahme einer Urabstimmung nicht berechtigt waren, so sind vielleicht auch die Wege festgestellt worden, welche hätten beschritten werden müssen, um den Antrag als formell richtig gestellt, diskussionsfähig vor die Generalversammlung zu bringen. Als Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstelle Stettin hätten die Brandenburger ihren Antrag zunächst nach § 38, 4 behandeln müssen; nach § 22, 5 hatte der Vorstand der Kasse alsdann das statutengemäß Erforderliche anzuordnen; die Generalversammlung konnte event. nach § 28, 6 Beschluß fassen und damit wäre Positives geschaffen worden. So konnte der auch von anderer Seite gestellte Antrag auf Auflösung der Kasse nur als Wunsch der betreffenden Mitglieder angesehen werden, wozu die Generalversammlung mit einer Resolution an die Mitglieder geantwortet hat. Wünschten die Antrag-

steller aber die bestimmte Erledigung ihrer Anträge (Herr Thiele z. B. hat um Annahme des Antrages Brandenburg) so hätten letztere statutengemäß gestellt sein müssen; eine weitere Generalversammlung wäre dann vielleicht erpart worden. Daß speziell der Schlußsatz im Antrage Brandenburg unzulässig war (siehe § 11 der Geschäftsordnung) wurde auch von anderer Seite festgestellt und sei nur nebenbei erwähnt.

Gustav Königer.

Leipzig. Morgen am 23. Juli feiert der hiesige Gesangverein Gutenberg sein erstes Stiftungsfest. Begründet zur Herrlichung der Vereinsfeste, hat der Gutenberg die auf ihn gesetzten Hoffnungen bis jetzt in vollstem Maß erfüllt und seine Mitglieder sich besonders während der Bewegung als eine fernige, hilfsbereite Sängerschaft gezeigt. Möge das erste Stiftungsfest viele Besucher finden und der Verein weiter blühen, wachsen und gedeihen!

He. Mülhausen i. E., 17. Juli. Ganz unerwartet und plötzlich verschied hier am 14. Juli nachts unser werter Kollege Karl Hieder im Alter von 27 Jahren infolge eines Schlagflusses. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven und wackern Kollegen, der es stets verstanden hat, sich durch sein zuvorkommendes Wesen die Achtung sämtlicher hiesiger Berufsgehilfen zu erwerben. Namentlich werden es die Gehilfen der Buchdruckerei J. Brinkmann (Mülhauser Tagblatt) ihm nie vergessen, wie er gelegentlich der letzten Tarifverhandlung geschlossen mit ihnen vorging, um den Tarif in genannter Offizin zur vollen Geltung zu bringen. Nieder wirkte seit längerem mit Erfolg als Redakteur des hier erscheinenden Mülhauser Tagblattes. Er ruhe in Frieden!

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Handelstkaammerberichte. In diesen wird dieses Jahr, soweit unser Gewerbe in betracht kommt, wieder viel an Entstellung der Thatsachen geleistet. Zwei uns vorliegende derartige Berichte, Breslau und München, bieten hierfür reiche Beispiele dar. Aber die Berichte plaudern auch manche nützliche Mitteilung aus. Z. B.: Breslau. „Im dritten Vierteljahr (1891) wurde aus Besorgnis vor dem drohenden Streik mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet, um noch vor Ausbruch desselben die notwendigsten Aufträge erledigen zu können.“ — München. „Auf Seiten der Prinzipale erkannte man diese Absicht (nämlich der Gehilfen, die eine Verständigung bei der Tarifrevision unmöglich machen wollten!) auch zeitig genug, um sich, wenn auch spät (erst im September), so doch rechtzeitig in Kampfbereitschaft zu setzen. Mit größter Eile wurden die vorliegenden Arbeiten so weit als möglich gefördert und auch, wo es thunlich war, vorgearbeitet.“ Hier haben wir also aus dem Osten und dem Süden das offene Eingeständnis berechneten, ungemein beschleunigten Vorarbeitens, es ist also nicht nur in Leipzig geschehen, sondern, wie man schließen kann, überall. Die Gehilfen werden wohl in Zukunft wieder so gut sein und Tarifberatungen, deren Abhaltung recht lange hinausgeschoben wird, abwarten, um bis dahin durch angestrengten Betrieb der Druckereien den Alt abzujagen, auf dem sie sitzen. — Der Münchener Bericht verlegt sich verschiedentlich aufs Prophezeien. Seinem Verfasser war es „klar“, daß die Gehilfen, hätte man ihnen die halbe Stunde bewilligt, im nächsten Jahr ihren Streikfonds von 1 1/2 Millionen zur Erlangung der andern halben Stunde eingesetzt haben würden. Aus diesem Grunde wollten die Prinzipalsführer also den Kampf und sie wußten, daß ihr Angebot von 7 1/2 Proz., mit dem sie so viel renommieren, unannehmbar war, sie faßten es absichtlich so ab, daß es abgelehnt werden mußte, es war ein Manöver. — Darüber, daß nicht sofort nach Beendigung der Tarifberatungen der Generalstreik, „den man auf beiden Seiten erwartete“, ausbrach, meint der Münchener Berichterstatter: „Man wollte also einen geeigneten Moment abwarten und gab sich der thörichten Hoffnung hin, daß die Prinzipale mittlerweile die Hände in den Schoß legen und dann das Unvermeidliche ruhig über sich ergehen lassen werden. Es kam aber anders.“ Man gesteht unser Gedankenleser, der es ganz genau weiß, daß der Ausstand in einem „geeigneten Moment“, der doch wohl auch erst nach Jahr und Tag erscheinen konnte, beginnen sollte, ziemlich unverblümt ein, daß die Prinzipale provozierten — „die Gehilfen nannten es Maßregelung“. Er erklärt, die Prinzipale hätten nach Arbeitskräften gesucht als Ersatz bei dem „unvermeidlich gewordenen Streik“. Ei, ei! Unvermeidlich geworden, Herr Verfasser (Oberburg?)! Für wen war denn der Streik unvermeidlich? So überzeugt sind Sie von der Schärfe der damaligen Provokationen, daß Sie zugeben, die Gehilfen haben den Streik nicht vermeiden können — weil die Prinzipale dem zuwider waren?! O, mögen Ihre Kollegen in den anderen großen Druckstädten nach dieser Melodie nur weiter plaudern, es gewährt dies beherrschende Blick hinter die

Kulissen. Und bei diesen kostbaren Eingefändnissen bringen es die Verfasser der Handelskammerberichte fertig, über die durch den Streik entstandene Summe von Not und Elend die Augen zu verdrehen, fertig, gemäß der erhaltenen Ordre über die „Sprache des Corr.“ während des Ausstandes zu wehmiern! Der sollte für das Legen der Minen, für die hundert anderen Heldenthaten jedenfalls höchlich danken! Na, darauf mögen die Herren, falls sie recht viel Zeit übrig haben, nur warten! Aber auch der „Terrorismus der Gehilfenführer“ fehlt nicht, „jeden Abfallenden bedrohen sie mit dem Ausschluss aus den Kassen“, wird gesagt. Eine mächtige Unwahrheit. Auch die Unwahrheit des Breslauer Berichtes sei angenommen, wonach die Gehilfenvertreter an der „neunstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Tarifs um 15 bis 20 Proz.“ festhielten. Die Herren Berichterstatter, denen ja die schwierige Aufgabe gestellt ist, das Vorgehen der Prinzipalität in loyalen Farben zu schildern, sollten nichtsbefrommender den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, umso mehr, da die Handelskammerberichte nur unter ihre Kassengeossen, die Unternehmer kommen, die sich in derartigen Angelegenheiten ebenso verständnisvoll zublinken, wie weiland die römischen Auguren.

Die Kollegen in Weß feierten den Namenstag unsers Altmeisters durch ein Waldfest auf der Jesuiteninsel.

Presse und Litteratur.

Die Iphoeer Nachrichten feierten am 2. Juli ihr 75jähriges Bestehen. Der Pfläzler Kurier siedelt von Ludwigshafen nach Neustadt über.

Schweizer Graphische Mitteilungen Nr. 22 enthalten u. a.: Wahl und Anordnung der Schriften. Ein Gang durch die Expedition zur Anfertigung der Staatspapiere in St. Petersburg.

Arbeiterbewegung.

In einer Versammlung von Bergarbeitern wurden verschiedene Mißstände der Zeche Herkules in Essen besprochen. Infolgedessen wurde über 100 Bergleuten gekündigt. Das was den Arbeitern frommt — das haben nicht diese, sondern die Herren Beamten zu entscheiden, das ist einmal so in der heutigen verkehrten Welt.

In Grundbach im Remsthal stellten die Schleifer und Polierer der Metallwarenfabrik Kälble die Arbeit ein wegen Lohn Differenzen und unangemessener Behandlung.

Der Streik der Tischler in Gr. Beckerek endete mit einem vollständigen Siege der Arbeiter. In Preßburg setzten die Tischler die Vertüzung der Arbeitszeit um eine Stunde durch. In Temesvar legten 16 Fassbinder der dortigen Brauerei die Arbeit nieder. Der Streik der Steinmetzen am Parlamentsbau in Budapest endete mit einem teilweisen Siege der Arbeiter, während der Streik der Weichseingießer bei Brunner daselbst fort dauert. Bei Grohwarden ge-

rieten Schnitter mit ihrem Unternehmer in Streit. Ein Gendarm, der vermitteln wollte, wurde erschlagen. Hierauf rückte eine Abteilung von Gendarmen vor, die mit Steinwürfen empfangen wurden und diesen Empfang vermittelt ihrer Schußwaffen quittierten, wobei 12 Schnitter tot auf dem Platze blieben.

Verchiedenes.

Der kaiserliche Oberpostdirektor in Magdeburg fordert in einer Verfügung die Amtsvorsteher seines Bezirkes auf, den Postgehilfen mit Rat und That bei Beschaffung billiger Wohnung und Beköstigung an die Hand zu gehen. Der Umstand, daß verschiedene Postgehilfen der Feuerungsverhältnisse halber um Verlegung nachgesucht haben, hat zu dieser Verfügung Anlaß gegeben. Der Herr Oberpostdirektor findet nämlich, daß der Grund zu solchen Klagen „weniger in der Unzulänglichkeit der Tagelohns, als vielmehr darin zu suchen sei, daß die betr. Beamten ihre Lebenshaltung dem Dienstlohn nicht anzupassen verstehen und namentlich für Wohnung und Beköstigung zu hohen Aufwand machen“; er meint, „daß in Privathäusern Wohnung und Kost für 35 bis 45 Mk. zu haben sei und daß, den geringsten Tagelohn von 2 Mk. angenommen, der Rest von 15 bis 17 Mk. monatlich als ausreichend erachtet werden müsse für die übrigen Lebensbedürfnisse, vorausgesetzt, daß die Beteiligten ihre Ansprüche den Einkommensverhältnissen entsprechend einzuschränken wissen.“ — Vor etwa 30 Jahren mögen die obigen Ziffern zugetroffen haben, heute stimmen dieselben mit den Thatfachen nicht im geringsten überein, es wird daher wohl oder übel umgekehrt das Dienstlohn den Lebensverhältnissen angepaßt werden müssen, wenn man brauchbare Beamte haben will.

In Darmstadt werden in der herzoglichen Hofmeierei zum Häufeln der Zuckerrüben, um das Zerbrechen der Pflanzen zu verhindern, Menschen vor den Pflug gespannt und erhalten 1,80 Mk. den Tag. Die Pflanzen werden also geschont, aber die Menschen, welche die Arbeit der Pferde verrichten, weniger als letztere, denn diese darf man bekanntlich nicht 12 Stunden den Tag vor den Pflug spannen.

Briefkasten.

B. in Greifswald: Die von Ihnen mitgeteilten Vorgänge sind in weiteren Kreisen bekannt. Nach der eingetretenen Wendung wollen wir von der Auffrischung absehen. — R. in R.: Bei jenen beiden Kollegen muß der Fall freilich gemilderte Gefühle erwecken, indes würde anders verfahren, so wäre damit auch nichts gebessert. Uebrigens setzen wir voraus, daß wichtige Milderungsgründe vorlagen. — B. in W.: Durchaus nicht, wahrscheinlich nächste Nummer. Bisher unmöglich. — N. in Giebichenstein: 20 Protokolle: 4,25 Mk. — W. in Iphoe: 40 Pf. — S. in Jülich: 2,10 Mk. — B. in Berlin: Wir können da leider nicht helfen.

Vereinsnachrichten.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Osterland-Thüringen. Der Gauvorstand setzt sich nach vorgenommener Wahl wie folgt zusammen: N. Küttner (Ettersburgerstr. 22, I.), Vorsitzender; G. Hille (Abbachstr. 14), Kassierer; L. Müller, Schriftführer; M. Müller, B. Kühn, Beisitzer.

Bezirk Dessau. Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 31. Juli in Wittenberg statt. Alles andre durch Zirkular.

Bezirk Karlsruhe. Die diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 31. Juli, vormittags 1/10 Uhr, in der Restauration Bavaria, Ecke der Kirch- und Amalienstraße, statt. Sämtliche Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Bezirk Frankfurt. Sonntag den 24. Juli, vormittags 11 Uhr, Bezirksversammlung in Nauem, Kerkoms Bierhalle.

Bezirk Münster. Sonntag den 24. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr, findet im Lokale des Wirtes Herrn Mühlhoff in Münster, Königstraße, die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Die Tagesordnung geht denselben noch zu.

Bezirk Weimar. Bei der am 19. d. M. stattgefundenen Wahl wurde Herr Ed. Richter (Kleine Kirchgasse 9) als Bezirksvorsitzender gewählt.

Wismar. In der Versammlung vom 16. Juli wurden in den Vorstand neu- resp. wiedergewählt: Konr. Buchholz, Vorsitzender und Kassierer, Baustraße 83; Johs. Steinbrügger, Schriftführer; Ernst Diederichs, Bibliothekar.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):

In Dortmund 1. der Maschinenmeister Johann Heidenstecher, geb. in Ruhrort 1873, ausgel. das. Ostern 1892; 2. der Sezer Otto Lücke, geb. in Bielefeld 1869, ausgel. das. 1887; waren noch nicht Mitglieder. — E. Michel, Westwall 31, II.

In Ueterjen der Sezer H. C. R. J. Wäfer, geb. in Ueterjen 1866, ausgel. das. 1885; war schon Mitglied. — In Wyt auf Föhr der Sezer H. Schnoor, geb. in Krogaspe bei Rendsburg 1873, ausgel. in Burg auf Fehmarn 1891; war noch nicht Mitglied. — J. Chr. Heißmann in Flensburg, Zürgensaardfeld 5a.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Koburg. Die Herren Reisekasserverwalter werden gebeten, dem Sezer Theodor Blandow aus Berlin (Berlin 193) 4,20 Mk. in Abzug zu bringen und an den hiesigen Verwalter portofrei einzufenden.

Weimar. Für den Sezer Karl Schab aus Kassel liegt ein Brief beim hiesigen Reisekasserverwalter.

Dreizeihaltene Zeile 25 Pf., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Veranlagungs-Anzeigen die Zeile 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Dreimarte beizufügen.

Maschinenmeister

für Vielfarben-Rotationsmaschine wird für Ungarn unter sehr günstigen Bedingungen acceptiert. Anträge nebst Angabe bisheriger Verwendung sub U. V. 5398 an Haafenstein & Vogler (Saulus & Co.), Budapest. [821]

Junger, tüchtiger Sezer

sucht zum 8. August Kondition, könnte eventuell auch früher eintreten. Offerten erbeten an [826] B. Landwehr, Bielefeld, Waldhof 2.

Ein junger Sezer

sucht Kondition. Norddeutschland bevorzugt. Offerten unter A. 822 nimmt die Geschäftsst. d. Bl. entgegen.

Gutenberg-Haus Franz Franke

33 Mauerstrasse BERLIN W Mauerstrasse 33 hält sich bei Bedarf von Schriften, Maschinen, Apparaten, Hilfs- u. Verbrauchsmaterialien usw. bestens empfohlen.

Buchdruckerei-Einrichtungen

Mit den praktischsten Maschinen, Schriften, Utensilien usw. liefert, gewissenhaft zusammengestellt ohne jede Verschwendung, in kürzester Zeit und bei bekannter reeller Bedienung das Poligr. Magazin

Paul Härtel, Maschinenwerkstatt und Fachschlerei, Leipzig, Inselstr. 8. Komplette Einrichtungen stets am Lager.

Maschinenmeister

25 Jahre alt, militärfrei, tüchtiger, selbständiger Arbeiter, sucht, auf beste Zeugnisse gestützt, Kondition. Werte Offerten erb. an Maschinenmeister Robert Gaertner, Glogau, Markt 34. [825]

Scharfe Galvanos von

Packetadressen (Vorder- u. Rückseite) à 5,75 Mk. Postkarten à 2,25 „ auf Holzfuß montiert, liefert

Wilh. Riem, Berlin SW, Ritterstr. 75 Stereotypie, galvanopl. Anstalt, Klischeefabrik.

Andere Galvanos nach einzusendendem Original 2 Pf. pro Quadratcentim., Minimalpreis 40 Pf. pro Stück. Stereotypplatten 3 Pf. pro Quadrat Zoll, auf Holzfuß 5 Pf. pro Quadrat Zoll.

Bezirk Frankfurt a. M.

Am 24. Juli findet hier das

Johannisfest

in Schwagers Felsenkeller, Röderbergweg, statt, wozu wir zahlreichem Besuch entgegensehen. Auswärtige Kollegen und Gäste sind freundlichst willkommen. Reichbelegtes Tombola und Tanz. Mitwirkung des Gesangsvereins Gutenberg. Der Reinertrag ist zu Gunsten der noch ausstehenden Kollegen bestimmt.

Schriftsezer Franz Becker [823]

aus Rheydt wird von seiner Familie um Angabe seiner Adresse gebeten nach Crefeld, Nordwall 70.

Leipzig.

Freitag den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Flora:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission; 2. Genehmigung des Rechenschaftsberichtes; 3. Entlastung und Neuwahl der Kommission; 4. Remuneration der Kommission; 5. Bericht der Kartellvertreter; 6. Remuneration der Kartellvertreter; 7. Festsetzung der Tarifsteuer. [819]

Einem recht zahlreichen Erscheinen sieht entgegen

Die Kommission für Tarifangelegenheiten Leipzigs. Emil Schäfer, 1. Vorj.